

Frankreich war lange auf eine kerneuropäische Parität mit Deutschland fixiert.
Das Ende dieses Zwangskorsetts kann Europa größer machen.

Südwestliche Partnerschaft

Von Gerd Held

Im Juli wird unser großes Nachbarland den Vorsitz der Europäischen Union übernehmen. Aber vergessen wir einmal für einen Moment die EU mit ihrer neuesten Krise und denken einfach an Frankreich. Ist es noch das gleiche Land wie vor Jahrzehnten, als es mit Deutschland verheiratet wurde und mit ihm den kerneuropäischen „Motor“ bilden mußte? Blicken wir einen Moment zurück. Da ist das Jahr 1962. In diesem Jahr wurde mit den Vereinbarungen von Evian der Weg Algeriens in die Unabhängigkeit besiegelt. Im gleichen Jahr fand in der Kathedrale von Reims jene feierliche Begegnung von De Gaulle und Adenauer statt, die zum deutsch-französischen Freundschaftsvertrag führte. So trat das europäische Projekt mit der Aussicht auf eine Parität mit Deutschland an die Stelle des Südprojekts, das mit Algerien aufgegeben wurde. Ebenfalls 1962 entschied ein Referendum mit 61,7% der Stimmen die Einführung einer Direktwahl des französischen Präsidenten, dem die Führung der Außen- und Militärpolitik überantwortet wurde. Erst jetzt entstand jener Gaullismus, der auf Distanz zu den USA ging und 1966 aus der Kommandostruktur der NATO ausschied. Kulturell setzte sich nun die Wohlstandsgesellschaft durch. Die „Civilisation française“ wurde hedonistisch. Bei Renault wurde die vierte bezahlte Urlaubswoche eingeführt und es erschien ein Buch mit dem prophetischen Titel „Auf dem Weg zu einer Freizeit-Zivilisation?“ In Südfrankreich begegneten sich Algerien-Rückkehrer und Sonnen-Urlauber. Zum schwierigen afrikanischen Ufer reichte der Blick nicht mehr. Die Legitimität des Systems beruhte nun fast gänzlich auf dem Wohlstand und der Selbstverwirklichung „zu hause“, während

man im Süden allenfalls koloniale Sünden kannte. So konnten auch die 68er ihre Weltrevolution ausrufen, ohne sich vom Fleck zu bewegen. Und wohin wandte sich De Gaulle, als seine Position in Paris gefährdet war? Nicht mehr nach London wie im 2. Weltkrieg, sondern zum Rhein nach Deutschland.

So bildete sich in den 60er Jahren ein französischer Dreiklang aus Dekolonisierung, Wohlstand und Parität mit Deutschland. Dieser Dreiklang unterschied sich fundamental von den früheren Angelpunkten der Grande Nation und bestimmte sie in den folgenden Jahrzehnten. Er gehörte zur Geschäftsgrundlage der berühmten „Paare“, die das deutsch-französische Verhältnis verkörperten: De Gaulle und Adenauer, Giscard d'Estaing und Schmidt, Mitterrand und Kohl, Chirac und Schröder. Dabei darf nicht übersehen werden, dass diese Parität etwas Konstruiertes hatte und allzu sehr ein „es muss“ darüber stand. Auch waren es nicht die besten Seiten Frankreichs, die hier zum Zuge kamen. Den Deutschen gefielen der Cafe au lait und die Citroën-Ente, aber das politische System hielten sie im Grunde für völlig veraltet – und ihren eigenen Konsensföderalismus für durchweg moderner.

Nun ist in die Positionen Frankreichs Bewegung gekommen, aber nicht im Sinn deutscher Erwartungen und Selbstgewissheiten. Mit dem „Non“ im Referendum über die EU-Verfassung 2005 wurde eine neue Mehrheit sichtbar. Sie war ebenso wenig protektionistisch wie das ablehnende Votum der Niederlande. Hier sprach ein weltoffenes Frankreich, dem es im bisherigen europäischen Korsett zu eng wurde. Als Beleg dafür kann die Leichtigkeit

gelten, mit der das Land nach dem Ende der Ära Chirac gerade in der Außenpolitik zu neuen Ufern aufgebrochen ist. Der Präsident Sarkozy und sein Außenminister Kouchner sind deutlich auf die USA zugegangen. Sie haben das militärische Engagement in Afghanistan verstärkt und sind auf dem Weg, Frankreich wieder voll in die NATO zu integrieren. Dahinter steht eine veränderte Stimmungslage im französischen Bürgertum. Als der konservative „Figaro“ kürzlich unter seinen Lesern eine Umfrage zur NATO-Mitgliedschaft Frankreichs machte, votierte eine starke Mehrheit „atlantisch“. In Europa entdeckt Frankreich seine englischen Bindungen neu. Sarkozy kam zum ersten Staatsbesuch seit Jahrzehnten auf die Insel. Obendrein trat Tony Blair auf einer Parteiveranstaltung von Sarkozy's UMP auf – ein Zeichen für die neue Entente zwischen britischem und französischem Reformgeist und eine Ohrfeige für die französischen Sozialisten. In Bezug zur europäischen Union gibt es einen Positionswechsel, den man hierzulande noch kaum zur Kenntnis genommen hat. Frankreich hat sich mit dem Vertrag von Lissabon definitiv von einer europäischen Staatsbildung verabschiedet. Mit unserem Nachbarland, in dessen traditionellen politischen Scharfsinn der Begriff „Verfassung“ eine präzise Bedeutung hat, wird es nie eine europäische Verfassung geben – und kein deutsches Dunstwort wie „Verfassungsvertrag“ wird darüber hinweghelfen.

Bei seinem Staatsbesuch in Österreich erklärte Sarkozy kürzlich, der deutsch-französische Motor sei wichtig, „aber nicht mehr ausreichend“. Europa wird pluralistischer und das neue Frankreich fühlt sich darin wohl. Wer da nur die „Hyperaktivität“ des Präsidenten zu erkennen glaubt, übersieht ein tiefer liegendes Motiv: Unser Nachbarland sieht sich einem Rangverlust gegenüber, der bisher durch die Fiktion einer französisch-deutschen Parität überspielt wurde und der nun mit einem neuen Realismus mehr und mehr akzeptiert wird. Es geht vor allem um das

wirtschaftliche Grundpotential: „Deutschland vergrößert den Abstand zur Gesamtheit seiner europäischen Partner“ titelte Le Monde kürzlich. Unser Land ist in der Breite seiner Unternehmenslandschaft, in seiner Verankerung in Schlüsselbranchen, in der Internationalisierung seiner Betriebsstandorte weit enteilt. Für viele Franzosen hat es sich in andere Liga verabschiedet und hat einen Platz eingenommen, der in Europa gar nicht zweimal zu besetzen ist. Frankreich kann es Deutschland nicht einfach nachtun. Das sieht man bei unseren Nachbarn mit einem weinenden und einem lachenden Auge. Der schmeichelnde Maßstab der deutsch-französischen Parität war längst zu einem anstrengenden Zwangskorsett geworden.

Jetzt kann die Außenpolitik mit mittleren europäischen Mächten und Schwellenländern aufmerksamer und partnerschaftlicher umgehen. Das hat eine Pointe: die Wiederentdeckung des Südens. Die starke kerneuropäische Orientierung auf Deutschland war ja nur die Kehrseite der Dekolonisierung und des Rückzugs aus dem Süden gewesen. Jetzt setzt hier eine Revision ein, die ihr sichtbarstes Symbol im Projekt einer „Mittelmeerunion“ hat. Es wäre ganz falsch, von diesem Projekt, das am 13. Juli in Paris aus der Taufe gehoben werden soll, wirtschaftliche und politische Durchbrüche zu erwarten. Unter den Anrainern des Mittelmeeres sind die Synergien nicht so groß, wie es die gemeinsame geographische Kulisse verspricht. Kulturell jedoch kann das mediterrane Element einen Bezugspunkt bieten, der die scharfen Weltgegensätze in einem gemeinsamen Teilraum aus ihren Blockaden herauslöst. Darin ähnelt es dem „Mitteleuropa“-Paradigma, das einst den osteuropäischen Ländern eine eigene Identität und Perspektive bot. Frankreich spricht hier nicht nur von fernen Ländern am anderen Mittelmeerufer, sondern auch von sich selbst und seiner eigenen südlichen Identität. Aber Vorsicht, das ist nicht das Postkarten-Frankreich der Cote d'Azur, sondern ein sehr risikoreiches Unternehmen wie das Beispiel der Kooperation mit Libyen zeigt. Ebenso wenig wie

früher die neue Ostpolitik kann die „neue Südpolitik“ ohne Annäherung an fragwürdige Regime auskommen.

So wird Frankreich insgesamt westlicher und südlicher zugleich - unser alter Freund zeigt ein neues Gesicht. Der alte Dreiklang aus Dekolonisierung, Wohlstand und Parität mit Deutschland ist schon aufgelöst. Aber eine neue Stimmigkeit ist noch nicht gefunden. Insbesondere hinkt das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik. Bei den Franzosen kommt die außenpolitische Neuorientierung sehr viel besser an als seine innenpolitische Kehrseite. Im Innern erodiert langsam aber stetig die Wohlstandsbasis, ohne dass diese Erosion offen ausgesprochen würde und Gelegenheit zu einer Umwertung der Werte geschaffen würde. Hier erscheint der „Präsident der Kaufkraft“ Sarkozy als Gefangener unglaubwürdiger Versprechungen und im Grunde als Nostalgiker alter Zeiten.

Und doch zeichnet sich schon ein Frankreich ab, das gar nicht anders kann, als sich von den Positionen der letzten Jahre zu verabschieden und eine neue Basis zu suchen. Wir schauen allzu sehr auf den Präsidenten. Wir sehen seine erhöhten Schuhabsätze, wir hören seine bisweilen recht großen Worte. Er ist für uns geradezu die Verkörperung einer reinen Willenspolitik. Aber wir sehen nicht, dass hier ein Realismus im Spiel ist, der unter den majestätischen Vorgängern nicht zum Zuge kommen konnte. So fragwürdig das Auftreten des Nicolas Sarkozy oft sein mag, seine

Neuorientierung des Landes ist im Grunde alternativlos. So paradox kann Politik sein. Man muss schon sehr genau hinsehen, um hinter den erhöhten Schuhabsätzen des Präsidenten das realistischere und tiefergelegte Frankreich zu erkennen, das allmählich auf die Füße kommt. Vielleicht hilft auch ein Blick zu den französischen Sozialisten, die ihre Zeit mit der Sarkozy-Häme vertan haben und substanziell nur die Nostalgie der alten kerneuropäischen Wohlstandsgemeinschaft zu bieten haben.

Ob wir Deutschen genügend Feinheit besitzen, um uns in die politische Psychologie unseres großen Nachbarlandes hineinzuendenken? Wenn die Frankreich schon ein Stückweit ihren Rang verliert, so will es dafür ein Stück neuer Bewegungsfreiheit gewinnen. Blickt die Grande Nation also wieder stärker nach Westen und Süden, dann tut das auch Europa gut. Die neue französische Beweglichkeit lässt es offener und größer werden. Wenn das Verhältnis zu Deutschland etwas wechselhafter wird, seit man nicht mehr so zusammenklebt, muss das kein Unglück sein. Es mag manch ruppiger Ton über den Rhein fliegen, der an die französische Fähigkeit zu Resistance und Entente erinnert, aber nie wird es um die Rückkehr zu einer Erbfeindschaft gehen. Daher sollte auch unser Land bereitwillig das kerneuropäische Korsett mit Frankreich öffnen und nicht wegen seine „Untreue“ beleidigt sein. Wir werden dann einen guten und interessanten südwestlichen Freund gewinnen.

(Manuskript vom 20.6.2008, erschienen als Essay in der Tageszeitung „Die Welt“ unter der Überschrift „Unser neuer südwestlicher Freund“)